

Vossener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 867.

Donnerstag, 10. Dezember
(Erscheint täglich drei Mal.)

Preis: 1 Sgr. 6 Pf. pro Quartal, 1 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf. pro Halbjahr, 2 Thlr. 24 Sgr. 12 Pf. pro Jahr. Einzelne Nummern 6 Pf.

1874.

Amtliches.

Berlin, 9. Dezember. Der König hat den Staatsanwalt Hecht in Stalupönen zum Staatsanwalt bei dem Stadter. und dem Kreisger. zu Königsberg i. Pr. ernannt.

Die Kataster-Kontrollen Weisk zu Tilsit, Bleck zu Hohenwerda, Zierke zu Bunzlau, Umbach zu Pöhl, Campbaur zu Castellum, Buragrat zu Dormagen, Müllejan zu Bülburg und Wenderhold zu Domburg sind zu Steuer-Inspektoren ernannt worden.

Vortrags der Anklageschrift gegen Arnim.

(Schluß.)

Vom auswärtigen Amte mittelst Erlasses vom 28. Mai 1874 zur Verantwortlichen Erklärung hierüber aufgefordert, gab der Angeklagte in einem Schreiben d. d. Karlsruhe, 20. Juni 1874, die Darstellung des Herganges durch den Grafen Westphalen und Beckmann im Wesentlichen als richtig zu, montirte jedoch die Ausdrucksweise des Erlasses, daß die Notiz dem Beckmann von der kaiserlichen Botschaft mitgeteilt sei, denn nicht er, der damals den Angeklagten, sondern der Graf Westphalen habe an der Spitze der Botschaft gestanden, ob ferner hervor, daß die von ihm dem Beckmann zur Veröffentlichung mitgetheilte Notiz von ihm nicht unterzeichnet gewesen sei und einen etwas abweichenden Wortlaut gehabt, daß er dem Beckmann die Notiz nach Brüssel nicht aufgetragen habe, — bemerkte dann, daß er durch die Notiz in Paris „einen gewissen Effekt“ habe hervorbringen wollen und machte endlich geltend, daß der Reichskanzler seine Auffassung geteilt auch die Maßregel gebilligt habe — was jedoch nicht der Fall ist — und daß er bei Abfassung seines Berichts von dem auswärtigen Amte vom 1. Oktober 1872 geglaubt habe, dasselbe in dem dem Geringe unterrichtet. (?)

Die letztere Behauptung ist angesichts der Fassung des oben mitgetheilten Berichts geradezu unbegründet.

4. Das Wiener Blatt „Die Presse“ Nr. 91 vom 2. April 1874 brachte, wie bekannt und bereits oben erwähnt ist, unter der Ueberschrift:

„Diplomatische Enthüllungen Florenz 27. März“

einen Artikel, welcher verschiedene in Jahre 1870 von dem Angeklagten demaligen Gesandten bei der Kurie, an herborragende katholische Theologen, (man nannte den Stiftspröbst Dr. Döllinger und Bischof Hefele) gerichtete Schreiben, sowie ein Memorandum veröffentlichte. Die Schriftstücke bezogen sich auf die Politik, welche die deutsche Regierung dem vatikanischen Kongreß gegenüber befolgte, oder vielmehr nach Ansicht des Verfassers verfolgen sollte. Die Veröffentlichung der Schriftstücke erregte wegen der amtlichen Stellung ihres Verfassers das allgemeinste Aufsehen.

Aus dem dem zweiten Briefe unten beigefügten Anmerkung:

„An den Bischof von ... gerichtet. Derselbe gab sein Ehrenwort, daß er abhandeln, aber sich nicht unterwerfen wolle“, ergab sich sofort, daß der Adressat die Publikation nicht veranlaßt habe. Mit Bezug hierauf schrieb der Angeklagte in einem an den Staatssekretär von Bülow gerichteten Briefe d. d. Paris, 11. April 1874 wörtlich:

In der „Wiener Presse“ sind Korrespondenzen von mir veröffentlicht worden. Ich habe dazu nur zu bemerken, daß ich den kurzen Brief, welcher das Memorandum begleitet, weder für apokryph, noch für authentisch erklären kann. Aber ich weiß mit der größten Bestimmtheit, daß er nicht an den Bischof Hefele gerichtet war. Denn ich entsinne mich, daß ich dem Bischof das Memorandum persönlich in seiner Wohnung im Quirinal mitgeteilt habe. Wenigstens glaube ich mich dessen zu entsinnen. Auch ist es nicht genau, daß mir dieser oder ein anderer Bischof sein Ehrenwort gegeben habe, sich nie unterwerfen zu wollen. Versprochen haben es Viele, — sich selbst und Anderen. Aber von „Ehrenwort“ ist mir nichts bekannt. Ich möchte nicht gerne direkt mit der Presse in Korrespondenz treten. Aber es wäre mir sehr erwünscht, wenn Hefele durch ein Communiqué in öffentlichen Zeitungen reinigend würde, soweit es sich um Ehrenwort und Empfang jenes Bittes handelt.“ Hatte der Angeklagte selbst die Veröffentlichung veranlaßt, so hätte er jetzt den durch jene Anmerkung begangenen Fehler wieder zu tun. Auf sein Annehmen wurde nicht eingegangen, er vielmehr, nachdem inzwischen in der „Ausburger Allgemeinen Zeitung“ vom 25. April 1874 sein bekannter Brief an Dr. Döllinger veröffentlicht worden war, auf Allerhöchsten Befehl durch Erlass des Staatssekretärs von Bülow vom 5. Mai 1874 — unter Hinweis auf die Bedeutung des Amtes — zur amtlichen und schriftlichen Aeußerung über folgende Punkte aufgefordert:

1) ob die Veröffentlichung in der Wiener Presse direkt oder indirekt vor ihm ausgegangen oder durch Mittheilung der betreffenden wegen an Dritte herabgekommen sei — event. ob er davon, daß eine solche Veröffentlichung beabsichtigt sei, vorher Kenntnis gehabt habe, sowie ferner, wer die Adressaten jener Briefe seien.

2) ob er den in der „Ausg. Allg. Btg.“ publizierten Brief geschrieben und seine Veröffentlichung veranlaßt habe.

Unter dem 4. Mai 1874 erwiderte er, daß er sich ad Punkt 2 zu der Autorität dieses Briefes bekenne. Ueber den ersten Punkt ließ er sich nicht aus, eben so wenig über die Veröffentlichung des Briefes sub 2 durch Erlass vom 10. Mai 1874 zur Aeußerung über diese Punkte nochmals aufgefordert, schrieb er am nächsten Tage, daß die Erteilung des Erlasses Korrespondenzen mit Personen voraussetze, die nicht in Berlin, zum Teil nicht einmal in Deutschland wohnten und sich in einem ferneren Schreiben vom 14. Mai 1874, indem er zugab, den Dr. Döllinger zur Publikation des Briefes sub 2 ermächtigt zu haben, ad Punkt 1. wörtlich dahin aus: „Für die in der „Presse“ veröffentlichten Enthüllungen bin ich unter keinem Gesichtspunkte verantwortlich. Ich kann darüber auch keine Aufklärungen von Anderen verlangen... Die Adressaten der beiden veröffentlichten Briefe kann ich nicht bezeichnen. Aber ich glaube mich bestimmt zu erinnern, daß ich an den Herrn Bischof von Hohenwerda überhaupt nie geschrieben habe.“ Zugleich zeigte er die Abschrift eines Briefes des Herausgebers der Presse vor, worin sich dieser gegen die Zumuthung, den Empfänger der qu. Schriftstücke zu nennen, verwahrt und zugleich erklärt, daß der Gewährsmann des Blattes sich weder auf den Angeklagten berufen, noch, so viel bekannt, jemals in irgend einer Beziehung zu ihm gefunden habe. Abgesehen von der großen inneren Unwahrscheinlichkeit, daß die Veröffentlichung der qu. Schriftstücke ohne Zutun oder Wissen des Angeklagten erfolgt sein sollte, spreche gegen die Wahrheit der von ihm abgegebenen amtlichen Erklärung folgende Thatsachen. Der Redakteur der Wiener Presse ist W. Lauser. Dr. Landsberg ist ein in Paris bekannter deutscher Literat. Unter den bei dem

Angeschlagen in Rassenbaide in Beschlag genommenen Papieren befindet sich eine eigenhändige Notiz von ihm, dahin lautend:

Paris, 22. Mai.

Heute bei Landsb., der mir einen Brief von Lauser (Presse) mittheilte, ungefähr folgenden Inhalts:

Wien, 19.

Lieber Freund!

Heute war ein Baron (Name unleserlich) bei mir, um gegen Hinterlegung einer „Kaution“, deren Höhe ich bestimmen sollte, den Empfänger der Enthüllungen zu nennen. Es scheint also, daß man kein Mittel scheue. Meine florentiner Reise kommt mir jetzt vortrefflich zu Statten. Ihr

Lauser.

Beckmann sah ich auf der Straße. Er ist, wie ich von Landsberg wußte, auf der Botschaft protokollosarisch vernommen worden. Nach B.'s Mittheilung, der mir von seinem Verhör nichts sagte, dürfte das Verhör mehr die Feststellung des Thatbestandes in Hinsicht auf die Enthüllungen als die damalige Indiskretion des Echo d. P. zum Gegenstand gehabt haben.

In dem eben vor in Beschlag genommenen Kopirbuche des Angeklagten befindet sich ein Brief von ihm an Dr. Landsberg d. d. Karlsruhe, 7. Juni, in welchem es — nach Konstatierung einer mißverständlichen Auffassung Seitens des Letzteren — heißt:

„Ich habe Ihren Gedanken, der etwa so sich resumirte: „Point de sacrifice et point de chantage“, reproduziert mit einem melancholisch-neidischen Seitenblick auf die mißthätige Stiftung, welche man R. Fonds nennt. Sie haben verstanden, daß ich Ihren wohlhegneten, legitimen, formellen, beiseitigen, anabewiesenen, beschämend distinkten Anspruch auf Erhaltung von auf meinen Wunsch gemachten Anlagen als einen exorbitanten übertragenden — Anbruch habe bezeichnen wollen, der nur von Jemand befriedigt werden könnte, der über den Fonds disponirte. Zum Unglück habe ich, wenn ich nicht irre, gesagt: — Jetzt kann ich mit dem R. nicht konfessiren, — und Sie haben gelesen: Jetzt kann ich das „Billet“ nicht überbringen, weil ich den R. nicht habe — während ich nur sagte: Jetzt kann ich für eine Verbesserung des deutschen Zeitungswesens nicht so viel thun, wie ich wohl möchte. Und schließlich haben Sie verstanden meine Aeußerung: „Das Billet wird Ihnen von einem anderen Orte zugehen“, so verstanden, als wolle ich es Ihnen dermalest von einem anderen Orte schicken, während ich nur sagen wollte: Ich muß Jemand, der nicht hier, sondern in Schwabach ist, den Auftrag geben, Ihnen das fragliche oder vielmehr das Unfragliche im Couvert ohne Begleitbrief zu schicken. Ecco! mir scheint, daß Sie mich nun verstanden haben werden.“

Zum Schluß spricht der Angeklagte dem Dr. Landsberg noch seinen herzlichsten und aufrichtigsten Dank aus. — Demnach muß das f. g. „Billet“ an Landsberg gelangt und Lauser befriedigt worden sein, denn unter den faßlichen Papieren des Angeklagten findet sich ein von Lauser an Landsberg gerichteter, von Letzterem dem Angeklagten — anscheinend als Quittung überreichter Brief, dahin lautend:

Wien 11. Juni 1874.

Lieber Freund!

Besten Dank für Brief und Souvenir. Rechnen Sie stets auf meine Bereitwilligkeit, Ihnen zu dienen... Es versteht sich von selbst, daß ich unersetzliches Aufsehen folgen werde. Dabei werde ich veruchen, Ihrer Empfehlung keine Unreue zu machen. — Gestern war Bücher bei mir, um mich wegen der Befreiungsgeschichte zu fragen. Denken Sie vielleicht einmal gelegentlich daran, den Bordeaux für mich zu bestellen. Nochmals besten Dank und Gruß.

In dem Uebersendungscheine an den Angeklagten theilt Landsberg die dem, daß der von Lauser genannte Bucher ein Bruder des Geheimen Legationsraths und selbst Schriftsteller sei und fahrt fort:

Lauser nach Karlsruhe kommen zu lassen, lohnt jetzt gewiß nicht mehr, er will mit seiner Zuschrift vielmehr sagen, daß er auch einem Rufe nach einem Wiener Hotel bereitwillig folgen wolle. Beckm. ist gestern nach Berlin abgegangen, wird durch ihn einen Druck auf mich zu üben zu suchen, selbstverständlich ohne Erfolg.

Landsberg hat sein Zeugniß über diese Angelegenheit verweigert, ebenso Lauser.

Wie bereits erwähnt, gab der Angeklagte die Seitens des Auswärtigen Amtes — unter Hinweis auf seinen Dienst — von ihm erforderliche Erklärung über die Veröffentlichungen der Wiener Presse erst nach wiederholter Aufforderung ab, in einem unter den faßlichen Skripturen befindlichen Briefe eines Verwandten an ihn vom 10. Mai findet sich mit Bezug auf ein Schreiben von ihm die Bemerkung: „Daß seine Weige una, seine Antworten, auf ein gewisses ministerielles Anschreiben auf den Dienst zu nehmen, da er wie der Angeklagte im Prozesse siehe, etwas subtil erscheine.“

Der Entwurf des veröffentlichten Memoriums befindet sich unter den hier in Beschlag genommenen Skripturen des Angeklagten.

5) Unter den nicht erwähnten Papieren fand sich ferner der Entwurf eines Zeitungs-Artikels mit der von der Hand des Angeklagten herrührenden Bemerkung, daß derselbe sich die Künigliche Zeitung benimmt sei. Der Artikel findet sich denn auch in der That in dieser Zeitung und zwar in der Nummer vom 29. März 1872. Der die Käumungsfrage behandelnde Artikel ist rein politisch und gründet sich auf die Kenntnis von Verhältnissen, wie solche der Angeklagte nur vermöge seiner amtlichen Stellung erlangen konnte.

Daß der Angeklagte zu einer derartigen Verwerthung dieser Kenntnis ohne Autorisation des Auswärtigen Amtes nicht befugt war, erscheint als selbstverständlich.

6) Inhalt eines Briefes von Franz Wallner d. d. Martenbad, 15. Juni 1874 an den Angeklagten hat dieser auch in der Wiener „Neuen Freien Presse“ Beziehungen gesucht. Es wird darin einer von dem Schreiber im Auftrage des Angeklagten mit dem Dr. E. (Redakteur des Blattes) genommenen Rücksprache erwähnt, bei welcher der Dr. E. hervorgehoben habe, daß das einflussreiche Journal in der letzten Angelegenheit contra B. ganz und voll auf der Seite des Angeklagten gestanden habe. Zugleich werden die Modalitäten einer Zusammenkunft der sich damals noch in Karlsruhe aufhaltenden Angeklagten mit dem Dr. E. erörtert. Ein fernerer Brief den eben erwähnten Dr. Landsberg an den Angeklagten ergibt, daß der Letztere mit der Idee umgegangen ist, ein heftiges großes Lokalblatt zu erwerben. Bei Besprechung dieses Planes stellt Landsberg die persönliche Theilnahme des Angeklagten durch Inspiration, thatsächliche Aufklärung und mit der eigenen Feder als eine selbstverständliche Voraussetzung hin. Die hier in Rede stehenden amtlichen Schriftstücke würden für die Abfassung von Memoriums resp. für Zeitungsartikel eine reiche Ausbeute geliefert haben. Als beweiskräftige Originale waren sie besonders werthvoll für den Angeklagten, nicht zu seiner Vertheidigung, sondern zu erneuten Angriffen auf die derzeitige Politik des Deutschen Reiches.

Demgemäß und da die fraglichen Schriftstücke sich nach Form und Inhalt als Urkunden im Sinne des § 348, alinea 2 Str.-G.-B. darstellen (cf. v. Holkenhoff, Grundbuch des Deutschen Strafrechts, Band III, Seite 956), der Thatbestand der Unterschlagung aber durch die Absicht rechtswidriger Zueignung, ohne daß es zugleich einer gewinnstüchtigen Absicht bedurft, bedingt wird und auf Sachen von Vermögens-(Tausch-)werth nicht beschränkt ist (cf. von Holkenhoff a. a. D. 631, 635, 655 flg. 668, 693, 698 flg. und Oppenhof Commentar zum Straf-Ges.-Buch zu Nr. 243, Nr. 4, 52 und zu § 246 Nr. 3 und 46) flage ich den Grafen von Arnim an im Hotel der Kaiserlichen Deutschen Botschaft zu Paris, während der Zeit von 1872 bis 1874 durch ein und dieselbe Handlung als Beamter

a. ihm amtlich anvertraute Urkunden vorsätzlich bei Seite geschafft,

b. Sachen (die Urkunden sub a.) die er in amtlicher Eigenschaft empfangen hatte, sich rechtswidrig angeeignet zu haben.

(Vergehen gegen die §§ 348, 350 und 73 St.-G.-B.)

Ich beantrage:

Demgemäß die Untersuchung gegen ihn zu eröffnen und in dem anzueraumenden Termine zur mündlichen Verhandlung, für welchen ich mir Anträge auf Beschränkung der Öffentlichkeit vorbehalte, die oben erwähnten Schriftstücke zum Zwecke der Beweisaufnahme vorlesen zu lassen und zu demselben als Zeugen zu laden:

- 1) den Geh. Hofrath und Direktor des Zentralbüros im Auswärtigen Amte Roland;
- 2) den Vizepräsidenten Grafen v. Westphalen;
- 3) den Vizepräsidenten der Botschaftskanzlei v. Schep zu Paris mit dem Auftrage, die politischen Journale mit zum Termin zu bringen;
- 4) den Kanzleidirektor Hammersdorffer zu Paris;
- 5) den Legationskassisten und Konsulatverweser Höhne zu Mar-seille;
- 6) den Geh. Hofrath und Vizepräsident der Botschaftskanzlei Gasperi zu Wien;
- 7) den Schriftsteller Dr. Landsberg zu Paris;
- 8) den General-Feldmarschall Frhrn. v. Manteuffel hier;
- 9) den Präsidenten des Bundesamtes für das Heimathwesen König hier.

Berlin, den 11. November 1874.

Der Staatsanwalt am königlichen Stadtgericht.

gez. Tessen-dorf.

Nachtrag zur Anlage wider den Grafen v. Arnim.

Nachträglich und zwar durch den Rechtsanwalt Munkel sind 12 von den unter Anlage gestellten Schriftstücken, und zwar von den Schriftstücken Nr. III. der Anlage die Erlasse Nr. 17, 18, 31 (Nr. 17 und 34 mit den Anlagen) Nr. 11. 99 aus dem Jahre 1872 cf. III. A. 1, 2, 3, 5 und 6. Der Bericht Nr. 70 aus dem Jahre 1872 cf. III. B. 8.

2) von denjenigen Schriftstücken, welche, weil ihre absolute Geheimhaltung durch das Staatsinteresse geboten, von der Anlage ausgeschlossen geblieben sind, die Erlasse Nr. 16 und 273 (cf. Verzeichniß Bl. 2 Alten Nr. 10) als angeblich in einem bisher verpackt gebliebenen Schreibeteller aufgefunden offen dem Gericht überreicht. Die Herausgabe dieser Schriftstücke, die zu denjenigen gehören, von denen der Angeklagte früher wiederholt behauptet hatte, daß sie sich noch in Paris befinden müßten, ändert an der Anlage nichts zu seinen Gunsten.

Berlin, 13. November 1874.

Der Staatsanwalt am königlichen Stadtgericht.

gez. Tessen-dorf.

Prozeß Arnim.

Berlin, 9. Dezember. Schon vor 9 Uhr, zu welcher Zeit der Beginn der Sitzung erfolgen sollte, hatte sich auf den Treppen und Gängen ein zahlreiches, von Minute zu Minute wachsendes Publikum eingefunden, welches kurz vor der Oeffnung des Saales um 10½ Uhr in so dichtem Gedränge die Flure erfüllte, daß die im Kriminalgebäude stationirten Schutzeleute kaum die Kommunikation nach und zwischen den verschiedenen Gerichtsstellen aufrecht zu erhalten vermochten. Nach Oeffnung der Saalthüre füllten sich alsbald sämtliche für die Zuhörer und die Berichterstatter der Zeitungen eingerichteten Plätze. Es waren unter dem Publikum außer dem Sohn und andern Verwandten des Grafen zahlreiche Herren und Damen von Distinktion anwesend, erstere vorwiegend Juristen; das auswärtige Amt war durch Legationsrath Reichert vertreten, auch einige Mitglieder der japanischen Gesandtschaft wurden bemerkt. Der Saal, in welchem der Prozeß Arnim verhandelt wird, ist derselbe, in welchem — es sind genau 25 Jahre her — der Prozeß Waldeck vor dem Schwurgericht zur Verhandlung kam. Auf der Anklagebank hatte der Angeklagte Graf Arnim in einfachem schwarzen Anzuge Platz genommen, seine Füße liegen auf eine große Abspannung stützend; seine Stimme leise, fast tonlos, was bei seinen Zwischenbemerkungen zur Feststellung der Personen auffiel. Vor dem Angeklagten saßen seine drei Vertreter: Rechtsanwalt Munkel von hier, Rechtsanwalt Dockhorn aus Posen und Professor Dr. v. Holkenhoff aus München. Bald nach 10½ Uhr trat der Gerichtshof in den Saal. Als Vorsitzender fungirt Stadtgerichtsdirektor Reich, als Beisitzer Stadtgerichtsrath Ossowski und Stadtrichter Giersch; als Ergänzungsrichter Stadtgerichtsrath Schendk; als Vertreter der Staatsanwaltschaft Staatsanwalt Tessen-dorf.

Der Oeffnung der öffentlichen Sitzung war eine vertrauliche Besprechung bei geschlossenen Thüren zwischen dem Gerichtshof, der Staatsanwaltschaft, dem Angeklagten und seinen Rechtsbeiständen vorausgegangen, von welcher man nicht weiß, ob man sie als eine „geheime Sitzung“ bezeichnen darf und deren Ergebnis der Vorsitzende des Gerichtshofes in seinen einleitenden Worten mittheilte.

Vorsitzender Stadtgerichtsdirektor Reich: Den Gegenstand der vorliegenden Untersuchung bildet eine Anzahl politischer Staatsdepeschen von der größten Tragweite und der allerwichtigsten, tiefsten und höchsten Bedeutung. Es mußte sich daher in erster Linie dem Gerichtshof die Frage aufdrängen, ob und eventuell inwiefern die Öffentlichkeit der Verhandlung ausgeschlossen oder aber zugelassen sei. Das Kollegium hat nach Anhörung der königlichen Staatsanwaltschaft und der Vertreter der Öffentlichkeit der Verhandlung, wie das Gesetz solche vorschreibt, und in sorgfältigster Prüfung aller dabei obwaltenden Umstände beschlossen, daß zur Zeit die Öffentlichkeit nur bezüglich derjenigen Depeschen ausgeschlossen, welche kirchlich-politischen Inhalts, den Passus 1 der demnach zu verlesenden Anlage ausmachen und zwar dieses im Interesse des durch den Inhalt jener Depeschen zu nahe berührten Staatswohls; im Interesse des öffentlichen Friedens also aus Gründen der sonst gefährdeten Ordnung im eminentesten Sinne des Wortes, daß

